

Kärnten Tirol – Beschlüsse der zweiten gemeinsamen Konferenz der beiden Landesregierungen

04.12.2024

TOP1: Standortmarketing: Informationsaustausch und Synergien nutzen

Beschluss:

Die Landesregierungen von Kärnten und Tirol kommen überein, einen verstärkten Austausch der genannten Organisationen zu forcieren. Zudem sollen mögliche Synergieeffekte durch eine gemeinsame Arbeit geprüft werden.

TOP2: Neuverhandlung des Finanzausgleichs – Änderung des vertikalen Verteilungsschlüssels

Beschluss:

Das Land Kärnten und das Land Tirol verständigen sich mit den anderen österreichischen Bundesländern darauf, die neue Bundesregierung dazu aufzufordern, mit den Bundesländern in Neuverhandlung zum Finanzausgleichsgesetz einzutreten mit dem Ziel einer Änderung des vertikalen Verteilungsschlüssels gemäß der aufrechten Beschlusslage der Landesfinanzreferent:innenkonferenz.

TOP3: Sicherstellung des Finanzierungsschlüssels in den Verkehrsdiensteverträge der Schienen Nah- und Regionalverkehre zur Stärkung des Öffentlichen Verkehrs

Beschluss:

Die Landesregierungen von Kärnten und Tirol treten an die neue Bundesregierung mit der Bitte heran, die Gespräche mit den Ländern in Bezug auf die Neuvergabe dieser Verkehrsleistungen zu intensivieren, um die Rahmenbedingungen und einen geregelten Prozess für die kommenden VDV-Periode festzulegen, auf Grund der für verschiedenen Vergabeverfahren erforderlichen Vorlaufzeit den zeitlichen Rahmen so zu setzen, damit unter Einbindung der Länder eine zeitgerechte Umsetzung des sachlich geeigneten Vergabeverfahrens möglich ist, und unabhängig von der Wahl des Vergabeverfahrens den bisherigen Finanzierungsschlüssel von 70 (Bund): 30 (Land) nicht zu Lasten der Länder zu verringern.

TOP4: Anpassungen im Förderprogramm „klimaaktiv mobil“ des Klima- und Energiefonds

Beschluss

Die Länder Kärnten und Tirol fordern die Bundesregierung auf, eine Ausweitung und Anpassung der Richtlinien des Klima- und Energiefonds vorzunehmen, um nicht nur den Neubau, sondern auch den Ausbau und den Erhalt der Radinfrastruktur zu forcieren. Zudem soll der erfahrungsgemäß hohe administrative Aufwand bei der Antragstellung bzw. Nachweisführung evaluiert und die Anforderungen entsprechend angepasst werden.

TOP5: Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts

Beschluss:

Die Landesregierungen von Kärnten und Tirol bekennen sich dazu, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Sinne einer nachhaltigen Stärkung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes weiter zu intensivieren. Dabei sollen insbesondere grenzüberschreitende Projekte und Initiativen forciert werden, welche die Wettbewerbsfähigkeit des gemeinsamen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum nachhaltig absichern und ausbauen. Zudem appellieren die Landesregierungen gemeinsam an die kommende Bundesregierung, gezielte Maßnahmen zur Konjunkturbelebung sowie zur Entlastung der Wirtschaft zu ergreifen, um das Wachstum des Wirtschaftsstandorts zu sichern und die Zukunftsfähigkeit des Standortes zu gewährleisten. Die beschlossene Standortdeklaration soll als Leitlinie gelten.

TOP6: Verstärkter Ausbau des Wasserstoff-Standorts und Zusammenarbeit bei den Wasserstoff-Strategien im Bereich von Produktion und Einsatz von grünen Wasserstoff

Beschluss:

Die Landesregierungen von Kärnten und Tirol bekennen sich zu Wasserstoff als eine grüne Zukunftstechnologie im Rahmen eines ambitionierten Energiemix insbesondere in der Industrie und teils in der Schwerlastmobilität und streben im Sinne der Nutzung wirtschaftlicher Chancen wechselseitig die Information und Unterstützung bei der Erarbeitung von gemeinsam Vorgangsweisen, sowie zu den laufenden Projekten an und wird dazu ein regelmäßiger Austausch der beteiligten Stellen zur Abstimmung vereinbart.

Weiters treten Kärnten und Tirol an die künftige Bundesregierung mit der Bitte heran, dafür Sorge zu tragen, dass der Bund verstärkt den Einsatz von Wasserstoff und

anderer alternativer Energieformen unterstützt und für ein ausgewogenes Fördersystem zur Unterstützung auch der südlichen und westlichen Regionen Sorge trägt.

TOP7: Austausch zu neuen Formen der Armutsbekämpfung insbesondere bei Kindern

Beschluss:

Das Land Kärnten und das Land Tirol bekennen sich zu einer aktiven Bekämpfung der Kinderarmut und werden auf Basis der Beschlüsse der Landessozialreferent:innenkonferenz gemeinsam die Bundesregierung dazu auffordern, in Abstimmung mit den Ländern ein Modell zur sozialen Absicherung von Kindern in Österreich zu erarbeiten. Das Land Kärnten stellt seine Vorarbeiten und Erkenntnisse zur Bekämpfung der Kinderarmut, insbesondere in finanzieller Hinsicht, dem Land Tirol zur Verfügung.

TOP8: Austausch betreffend möglicher länderübergreifender Kooperationen im Wohnbau

Beschluss:

Das Land Kärnten und das Land Tirol bekennen sich zum Aufbau einer gemeinsamen Wohnungsdatenbank – speziell für den Raum Osttirol – zur Bedarfserhebung von Wohnraum in den Grenzgebieten und in weiterer Folge als Grundlage für die Planung von gemeinnützigen Wohnbauprojekten insbesondere für besondere Anforderungen wie betreubares Wohnen, Übergangswohnen, Wohnverbünde.

TOP9: Standortverträgliche Vorgehensweise bei Renaturierungs- und Entwaldungs-VO

Beschluss:

Renaturierungs-Verordnung:

Die Länder Kärnten und Tirol fordern die Bundesregierung auf, eine gemeinsam von Bund und Ländern getragene Fachstelle/Arbeitsgruppe einzurichten, um eine enge Abstimmung bei der Erarbeitung des nationalen Wiederherstellungsplan gem. EU-Renaturierungs-Verordnung sicherzustellen. Insbesondere müssen erbrachte Vorleistungen auf Landes und Gemeindeebene angerechnet, mit der Umsetzung der Verordnung einhergehende Kosten sowie deren Finanzierung detailliert geklärt und

Ausgleichszahlungen für die zu setzenden Renaturierungsmaßnahmen sichergestellt werden.

Entwaldungs-Verordnung:

Die Länder Kärnten und Tirol fordern die Bundesregierung auf, sich für eine standortverträgliche Adaptierung der Entwaldungs-Verordnung einzusetzen und dies im zukünftigen Regierungsprogramm entsprechend zu berücksichtigen.

TOP10: Senkung Schutzstatus Wolf

Beschluss:

Das Land Kärnten und das Land Tirol fordern gemeinsam eine rasche Senkung des Schutzstatus für den Wolf auf EU-Ebene. Eine entsprechende klare Positionierung der Bundesregierung ist in einem zukünftigen Regierungsprogramm abzubilden, um die Verhandlungsposition Österreichs auf EU-Ebene durch eine einheitliche Haltung zu stärken.

TOP11: Bundesländerübergreifende Zusammenarbeit Musikschullehrende

Beschluss:

Die Landesregierungen von Kärnten und Tirol fassen den Beschluss, im Bereich des Musikschulwesens enger zu kooperieren. Um die musikschulische Ausbildung in entsprechender fachlicher Breite auch in Randlagen dauerhaft gewährleisten zu können, werden die jeweils zuständigen Fachabteilungen der Landesregierungen beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, Musikschullehrende bei anteilmäßiger Übernahme von Personalkosten im jeweils anderen Bundesland unterrichten zu lassen.

TOP12: Ausweitung der Kooperation im Rettungswesen zwischen Italien und Österreich

Beschluss:

Die Länder Kärnten und Tirol fordern die Bundesregierung auf, ein Rahmenabkommen auch zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik abzuschließen, damit für beide Länder eine gesetzliche Grundlage besteht, Kooperationsvereinbarungen auf regionaler Ebene abschließen zu können.

TOP13: Vernetzung und Vertiefung der Zusammenarbeit beim Angebot für Menschen mit Behinderungen und der Kinder- und Jugendhilfe in der Grenzregion

Beschluss:

Die Landesregierungen von Kärnten und Tirol begrüßen die bereits bestehende Zusammenarbeit im Bereich der Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe und kommen überein, diese Vernetzung zu intensivieren und Unterstützungsleistungen weiterhin im partnerschaftlichen Austausch zu gestalten.

TOP14: Gezielte kulturtouristische Erschließung der Regionen Oberkärnten, Lienzer Talboden und Pustertal

Beschluss:

Die Landesregierungen von Kärnten und Tirol kommen überein, das Potential eines Radweges entlang kulturtouristischer Hotspots in Oberkärnten, Lienzer Talboden und Pustertal zu prüfen und Umsetzungsmöglichkeiten unter Einbezug von EU-Fördermöglichkeiten (LEADER, Interreg) sowie unter Einbindung der regionalen Tourismusverbände auszuloten. In weiterer Folge sollen Gespräche mit Südtirol aufgenommen werden.